

Ergebnisprotokoll

über die 4. Sitzung des Beirates von und für Menschen mit Behinderung des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin (4. Wahlperiode des Beirats) am Montag, dem 11. September 2017

Anwesende: Herr Bäse, Herr Drescher, Herr Feilke, Herr Haase, Herr Jahnke, Frau Rauterberg, Frau Rohde-Käsling, Frau Voss, Frau Halten-Bartels, Herr Larsen, Frau Hansen, Frau Boas, Frau Juppe-Ziervogel, Frau Hergli, Herr Friedrich

Gäste: Herr Schruoffeneger, Herr Georgi, Frau Fritsch-Güse, Herr Reese, Frau Cieschinger, Frau Koserske

Ort: Rathaus Charlottenburg, BVV-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:30 Uhr

TOP 1: Begrüßung und Vorstellungsrunde

Herr Friedrich begrüßt die Anwesenden und bittet um eine kurze Vorstellungsrunde. Bezüglich der vorgeschlagenen Tagesordnung werden keine Änderungen angeregt.

TOP 2: Protokollkontrolle

Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig angenommen.

TOP 3: Die Abteilung Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt –Inklusion von Menschen mit Behinderung

Die Moderation dieses TOP's übernimmt in Anlehnung an den Beiratsbeschluss 1/2017 als Mitglied des Beirats Herr Feilke (Sozialverband Deutschland, SoVD). Als Gast begrüßen Herr Feilke und Herr Friedrich den Leiter der Abteilung für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Herrn Bezirksstadtrat Schruoffeneger. Herr Feilke skizziert grob die Zuständigkeiten dieser Abteilung und bittet Herrn Schruoffeneger um eine Einschätzung, inwieweit sich seine Abteilung mit behindertenpolitisch relevanten Thematiken befasst und wie sich der Stand der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) – insbesondere des bezirklichen Aktionsplans – darstellt.

Herr Schruoffeneger gibt zunächst zu bedenken, dass sich das Thema Inklusion - im Sinne einer selbstverständlichen, gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen - nach seinem Dafürhalten in weiten Teilen der Gesellschaft noch nicht ausreichend etabliert habe. Als Beispiel nennt er das Phänomen, dass sich wohl keine Kultureinrichtung lange überlegen würde, bei Bedarf eine zusätzliche Fremdsprache in ihr Informationsangebot aufzunehmen, wogegen die Bereitstellung von Informationen in Gebärdensprache weiterhin oftmals als kostenverursachendes Zusatzangebot erachtet werde.

Herr Schruoffeneger führt aus, dass in seiner Abteilung ab dem kommenden Jahr deutlich höhere Mittel für Fortbildungen im Haushalt eingestellt werden, die z.B. im Bereich der Bauaufsicht und des Facility Managements für Schulungen zum barrierefreien Bauen genutzt werden könnten. Er ruft dazu auf, immer wieder auf die Belange von Menschen mit Behinderung hinzuweisen und so mit der Zeit ein wachsendes Bewusstsein zu erwirken.

Herr Schruoffeneger weist darauf hin, dass für die ,Bauaufsicht bei der Genehmigung von Anträgen nicht die UN-BRK, sondern die Berliner Bauordnung maßgeblich und verbindlich sei. Bei den Zooterrassen wurde etwa zur Überwindung von Besucherbereich und Toiletten ein Schrägaufzug installiert, was von Menschen mit Behinderung moniert wurde, aber letztlich konform mit der Bauordnung sei.

Er diskutiere in seiner Abteilung derzeit, ob künftig bei der Bauaufsicht Beratung für spezielle Bereiche angeboten werden könne, unter anderem auch zum Thema barrierefreies Planen und Bauen.

Herr Feilke bittet um Auskunft, inwieweit die Barrierefreiheit von Arztpraxen verbessert werden könne. Herr Schruoffeneger erwidert, Barrierefreiheit im Sinne der Bauordnung könne nach seiner Einschätzung von der Bauaufsicht praktisch nur bei Neubauten von Arztpraxen eingefordert werden.

Frau Rohde-Käsling erkundigt sich, inwieweit die Bauaufsicht insbesondere bei Neubauten auf die Bereitstellung von barrierefreien Wohnungen Einfluss nehmen könne. Herr Schruoffeneger erwidert, die Bauleute müssten sich an die entsprechenden Vorgaben der Bauordnung halten. Darüber hinausgehende Leistungen könnten vom Bezirksamt nicht verlangt werden. Frau Rohde-Käsling weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die früher einmal vom LaGeSo

bereitgestellte Unterstützung bei der Suche nach barrierefreiem Wohnraum seit Jahren praktisch nicht mehr bestehe.

Frau Hansen fragt mit Hinweis auf die weiterhin ungeklärte Situation eines gehörlosen Jugendlichen im Kinder- und Jugendparlament nach, ob es z.B. eine App gäbe, mit deren Hilfe Lautsprache in Gebärdensprache umgesetzt werden könne. Auch bittet sie in Zusammenhang mit der Unterstützungsanfrage einer Bürgerin um Auskunft, wie lange die Absenkung eines Bordsteins voraussichtlich dauern würde. Herr Schruoffeneger bezweifelt, dass lautsprachliche Diskussionen derzeit bereits per App in Echtzeit in Gebärdensprache umgesetzt werden könnten. Hinsichtlich Bordsteinabsenkungen schätzt er eine Gesamt-Bearbeitungszeit von circa 12 Wochen.

Frau Rauterberg erkundigt sich, inwieweit seitens der Bauaufsicht Einfluss genommen werden könne auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzbarkeit von Gebäuden für blinde und sehbehinderte Menschen, auch bei Themen wie Klingelanlagen oder der Müllentsorgung. Herr Schruoffeneger erwidert, dass solche Details im Baurecht nicht geregelt seien. Nach seiner Überzeugung müsse dies im Rahmen einer vernünftigen Beratungsstruktur gemeinsam mit den Bauleuten gelöst werden.

Herr Bäse erkundigt sich, wie viele Spielplätze voraussichtlich in den nächsten Jahren barrierefrei umgestaltet werden. Frau Juppe-Ziervogel erwidert, dass in Abhängigkeit der Fördermittel mit etwa zwei bis drei entsprechenden Spielplatz-Umbauten jährlich zu rechnen sei.

Frau Cieschinger fragt nach, inwieweit Spielplätze/Sandkästen zwecks Verbesserung der Barrierefreiheit mit anderen Baustoffen als Sand gestaltet werden könnten. Frau Juppe-Ziervogel erwidert, dass Sand einfacher und kostengünstiger zu beschaffen und zu warten/ersetzen sei als viele Kunststoffe. Frau Cieschinger gibt zu bedenken, dass Kunststoffflächen für Rollstuhlnutzer wesentlich besser zu nutzen seien als Sanduntergründe und bittet um entsprechende Prüfung bei künftigen Projekten.

Frau Voss bittet um Auskunft, wann mit dem barrierefreien Umbau aller U-Bahnhöfe gerechnet werden könne. Herr Schruoffeneger verweist diesbezüglich auf die entsprechende Liste der BVG. [Anmerkung des Protokollanten:] Laut BVG sollen bis Ende 2020 alle U-Bahnhöfe mit einem Aufzug ausgestattet sein. Die Prioritätenliste zum U-Bahn-Aufzugsprogramm 2017 bis 2020 ist zu finden auf der Internetseite der AG „Bauen und Verkehr barrierefrei“ bei SenStadt, siehe http://www.stadtentwicklung.berlin.de/bauen/barrierefreies_bauen/de/ag_bauverkehr.shtml. [Ende der Anmerkung]

Frau Rauterberg moniert, dass nach ihrer Erfahrung auf einigen Grünanlagen große Mengen an Müll und Abfällen herumlägen, was nicht zuletzt für sie als Führungshalterin ein Erschwernis und Grund zur Besorgnis darstelle. Herr Schruoffeneger erwidert, dass die für die Pflege der Grünanlagen zur Verfügung stehenden Mittel aufgrund der starken Unwetter in diesem Jahr vor allem für die Sicherung vor herunterfallenden Ästen verwendet werden müssten. Es sei ein Modellprojekt in Planung, die Müllentsorgung im Lietzenseepark probeweise an die BSR zu übergeben, sodass sich das Bezirksamt künftig wieder verstärkt der eigentlichen Pflege der Grünanlagen widmen könne.

Bezugnehmend auf die Vereinbarung der Zählergemeinschaft, die im Rahmen der Konstituierung des Bezirksamts nach den letzten Berlinwahlen gebildet worden war, bittet Frau Boas um Auskunft, warum am Bahnhof Zoo keine Tiefgarage gebaut werden sollte. Dieses Vorhaben sei ihrer Meinung zufolge im Zuge des Zustandekommens der Zählergemeinschaftsvereinbarung gestrichen worden. Hierauf erwidert Herr Schruoffeneger, dass keine Tiefgarage geplant war und ein entsprechendes Vorhaben daher auch nicht gestrichen worden sei.

Frau Halten-Bartels weist darauf hin, dass der neue Aufzug im Rathaus Schmargendorf derzeit nicht funktionsfähig sei und bittet um entsprechende Abhilfe. Herr Reese (SE FM) erwidert, dass der Aufzug grundsätzlich in Betrieb sei und er diesbezüglich nachforschen werde.

Herr Feilke bittet Herrn Schruoffeneger mit Verweis auf den Beiratsbeschluss Nr. 2/2017 um seine Einschätzung hinsichtlich der Gewichtung von Barrierefreiheit und Denkmalschutz. Herr Schruoffeneger teilt die Meinung, dass bei Gebäuden die Nutzbarkeit durch Personen grundsätzlich im Vordergrund stehen müsse. Der Denkmalschutz verfüge jedoch über eine starke rechtliche Position. Hier könnte eventuell eine Klage vor dem Hintergrund des Grundgesetzes oder der UN-BRK zu einer grundsätzlichen rechtlichen Klärung führen.

Herr Bäse erkundigt sich nach dem Stand der Dinge in Sachen „Olivaer Platz“. Herr Schruoffeneger teilt hierzu mit, dass das Bebauungsplanverfahren noch nicht abgeschlossen sei bzw. eine Neuauslegung erfolgen werde. Unabhängig davon werde in den nicht von diesem Verfahren abhängigen Bereich der Grünanlage (einschließlich Spielplatz) in diesem Jahr mit der Vorbereitung der Umbaumaßnahmen begonnen.

Herr Haase weist auf die schlechte Akustik (Hall und Echo) im BVV-Saal hin und bittet darum, bei der nächsten Renovierung/Gelegenheit die Verbesserung der Akustik mitzudenken. Herr Reese pflichtet diesem Anliegen bei und weist in diesem Zusammenhang auf die starke Position des Landesdenkmalamts hin, das entsprechenden Umbauten sehr kritisch gegenüberstehe.

Herr Feilke fasst die im Rahmen der Diskussion vorgebrachten Problematiken noch einmal kurz zusammen und weist darauf hin, dass diese auch im Zuge des geplanten Workshops thematisiert werden sollten. Herr Feilke und Herr Friedrich bedanken sich bei Herrn Schruoffeneger für seine Teilnahme an der Beiratssitzung und für die Aufgeschlossenheit in Hinblick auf die Durchführung eines abteilungsbezogenen Workshops.

TOP 4: Aktuelle Drucksachen der BVV

Zu aktuellen Drucksachen besteht kein Diskussionsbedarf.

Herr Friedrich weist noch einmal darauf hin, dass er den stimmberechtigten Mitgliedern sowie den Vertretern regelmäßig die Einladungen zu den Sitzungen der Bezirksverordnetenversammlungen per E-Mail weiterleitet. Darin können die aktuellen Drucksachen bei Interesse eingesehen werden.

TOP 5: Anträge und Beschlüsse des Beirats

Es werden keine Anträge oder Beschlüsse angeregt.

Zu den Beschlüssen 2 und 3 aus 2017 steht die Beantwortung durch das Bezirksamt noch aus.

TOP 6: Verschiedenes

Um die bezirkliche Beratungsstelle für behinderte, pflegebedürftige, krebserkrankte und aidskranke Menschen möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern bekannt zu machen, informiert Frau Fritsch-Güse kurz über deren Angebote und Tätigkeiten. [Anmerkung des Protokollanten:] Informationen sind im Internet zu finden unter <http://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/verwaltung/aemter/gesundheitsamt/beratungsstelle-fuer-behinderte/>. [Ende der Anmerkung]

Frau Rohde-Käsling weist darauf hin, dass beim diesjährigen Fest der Nationen keine Behindertenparkplätze vorhanden bzw. ausgewiesen gewesen wären und bittet diesbezüglich für die Zukunft um Abhilfe.

Die nächste Beiratssitzung findet statt am 20. November 2017.

Herr Friedrich bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 18:30 Uhr.

Friedrich
(Stellv. Vorsitzender, Protokollant)